

Aufbruchstimmung

Rückblicke auf den IG Metall-Gewerkschaftstag: »Zeit für Zukunft«

von ■ Richard Detje und Klaus Pickshaus



Foto: IGMetall.de

2,1 Millionen Mitglieder zählt die IG Metall in ihren Reihen. Das signalisiert kollektive Organisationsmacht. Unterlegt ist sie mit jährlichen Beitragseinnahmen in Höhe von rund 600 Millionen Euro. Davon gehen 13% in Rückstellungen, u.a. in den Streikfonds. Mobilisierungsfähigkeit ist so gekoppelt mit Arbeitskämpfungsfähigkeit. Die ist dringend gefordert, wie die Berichte und Beratungen der 533 Anträge auf dem 25. Gewerkschaftstag der IG Metall vom 22.-26. Oktober in Frankfurt a.M. gezeigt haben.

Die Metaller*innen haben sich eine neue Kollektividentität verordnet: *Team IG Metall*. Damit ist nicht nur die Kooperation der auf fünf geschäftsführende Vorstandsmitglieder verkleinerten Führung unter der neuen Vorsitzenden Christiane Benner gemeint – alle Kandidat*innen sind mit einem nahezu geschlossenen Votum der Delegierten des Gewerkschaftstages in ihr Amt gewählt worden.¹ Das Team erstreckt sich auf alle Gliederungen: Bezirke, Geschäftsstellen, die Bildungsarbeit, Personengruppen und Arbeitskreise. Auf

die Haupt-, aber nicht minder auf die Ehrenamtlichen in der betrieblichen Interessenvertretung: Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendvertreter*innen usw. Man könnte meinen, hier werde eine Selbstverständlichkeit neu zelebriert. Doch das ist eine Fehldeutung. Erstens,

Richard Detje und Klaus Pickshaus gehören zum Beirat des Forum Gewerkschaften.

¹ Als geschäftsführende Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Christiane Benner (401 Ja-Stimmen), Hans-Jürgen Urban (397), Jürgen Kerner (394), Ralf Reinstädler (380) und Nadine Boguslawski (360).

weil die Praxis in der Vergangenheit oft eine andere

war, mit Reibungsverlusten aufgrund nebeneinanderher und aneinander vorbeilaufender Arbeitsprozesse, unklarer Aufgaben- und Zielprojektionen, teilweise erratischer Priorisierungen. Nicht nur im organisationspolitischen Alltag, auch in inhaltlich-konzeptioneller Hinsicht. Ob die Teamstruktur sich im Alltag bewährt, werden die kommenden Jahre zeigen.

Hinzu kommt zweitens ein noch wichtigerer Punkt: Ein Kollektivverständnis ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit, auch nicht in einer Mitgliederorganisation wie der IG Metall. Wir leben in einer von diversen Krisen gekennzeichneten Epoche, die jede in sich wiederum unterschiedliche, mitunter auch konfligierende Interessenlagen beinhalten, durchaus in einer Qualität, die »den Laden« auseinanderhauen kann. Team IG Metall heißt: Das kann man verhindern und damit an Handlungsfähigkeit gewinnen. In der IG Metall – das haben nicht zuletzt große Mitgliederbefragungen gezeigt – gibt es weitgehende Konsense über die Notwendigkeit und Dringlichkeit sozio-ökologischer Transformation, über Wege der Beschäftigungssicherung und sozialstaatlicher Zukunftsvorsorge, über betriebs- und tarifpolitische Schwerpunkte und Anforderungen an die gewerkschaftliche Bildungsarbeit – um die Hauptfelder der Antragsberatung auf dem Gewerkschaftstag zu benennen. Das schließt jedoch Widersprüche im interessenpolitischen Alltagsgeschäft keineswegs aus. Gerade in Krisen- und tiefgreifenden Umbruchzeiten werden diese beständig aktualisiert durch Verlagerungsankündigungen, Rationalisierungsprogramme, dem Druck von Personaleinsparungen und neuen Leistungsanforderungen. Dabei ist es nicht so, dass Managements einem planerischen großen Restrukturierungs-Design folgen würden – seit Jahren wird kurzzeitig immer wieder eine »neue Sau durch Hallen und Büros« getrieben. »Trial and error«, testen was denk- und durchsetzbar ist, oft gepaart mit Zukunftsblindheit und Priorisierung

kurzfristiger Profitstrategien, alles unter der Maßgabe von Kostenminimierung. Gerade diese erratischen Marktschwankungen und Strategiemoden und die daraus folgende Unternehmenspolitik sorgt zuhauf für Widersprüche und Spannungen im betrieblichen Alltag.

Gerade in den Organisationsbereichen der IG Metall sind die Gewitterwolken am ökonomischen Horizont deutlich erkennbar. Die deutschen Fahrzeughersteller haben ihren Absatzhöhepunkt bereits 2017 überschritten – 2023 laufen ihre Geschäfte schlechter als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. In den OEMs der Automobilindustrie werden nicht zuletzt aufgrund starker Konkurrenz aus China bei E-Autos neue Programme geschnürt, die Beschäftigungsabbau bis hin zu betriebsbedingten Kündigungen auf die Agenda haben. Noch schlimmer sieht es in der Zuliefererindustrie aus. Experten zufolge ist unklar, wie die Überlebensperspektiven selbst unter den Großen der ersten Reihe – Bosh ausgenommen – zu kalkulieren sind; darunter, bei den Zulieferern der zweiten, dritten usw. Reihe, hat das Hauen und Stechen längst begonnen. Das Beispiel Automobilindustrie verdeutlicht die Reichweite, mit der auch konzeptionell ein Umsteuern erforderlich ist. *Team IG Metall* heißt hier: nicht der Trägheit von Großorganisationen folgend, sondern in sehr viel kürzeren Fristen Transformations-erfolge zu erzielen.

Schaut man über diese Branche hinaus, werden die Probleme kaum geringer. Der Beitrag des Außenhandels am BIP-Wachstum lag nach der Jahrhundertwende zunächst noch bei 0,71% und ist seitdem kontinuierlich auf Stagnationsniveau (2016–2020) und schließlich in den Pandemie-Jahren auf minus 0,44% zurückgegangen. Zu alter Stärke dürfte das deutsche Modell exportgetriebenen Wachstums künftig nicht wieder zurückfinden – es hat sich erschöpft. Wenn dann aufgrund der Schuldenbremse auch der Staat kleingehalten wird, »wird der Umbau seiner Wirtschaft für Deutschland ein sehr schwieriges Unterfangen. Die Verschuldungsgrenzen verhindern staatliche Investitionen und schränken die fiskalischen Spielräume für Maßnahmen

zur Ankurbelung der Binnennachfrage ein.«² Bofingers Plädoyer für eine aktive Rolle des Staates im gesamtwirtschaftlichen Investitionsgeschehen, als Treiber neuer Technologien, im Wohnungsbau und bei zahlreichen Dienstleistungen enthält auch für die IG Metall eine reichhaltige Agenda. Christiane Benner hat in ihrem Zukunftsreferat auf dem Gewerkschaftstag zahlreiche Felder – von der Windkraft über grünen Stahl bis hin zur Halbleiterproduktion – angesprochen, allerdings ohne diese im Sinne einer neuen ökologisch ausgewiesenen Industrie- und Strukturpolitik zu bündeln. Und auch in einem anderen Punkt sollte weitergegangen werden, wenn durch staatliche Intervention tatsächlich eine neue Qualität zukunftsorientierter Politik entstehen soll: dann geht es nicht nur darum, dass öffentliche Förderung nur unter Maßgabe von Tarifverträgen, Beschäftigungs- und Ausbildungsgarantien erfolgt, sondern der Grundsatz sollte so gefasst werden: »Wo öffentliche Subventionen fließen, muss öffentliches Eigentum entstehen« (Urban). Aktuell brisant: die Forderung nach der 4-Tage-Woche in der Stahlindustrie als Beitrag zu einer vorausschauenden Beschäftigungssicherung. Damit wird ein neuer Schritt der Arbeitszeitverkürzung erprobt – auch was die Übertragung auf andere Bereiche der Metall- und Elektroindustrie anbelangt.

Die IG Metall unterstreicht mit ihrer neuen Programmatik die Bedeutung des Sozialstaats mit seinen Umverteilungs- und Innovationsfunktionen. Angesichts der Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation wird ein funktionierender Sozialstaat quasi als bedeutende »Transformationsagentur« benötigt. Zurückblickend auf die Corona-Krise zeigte sich die Bedeutung einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik und der Resilienzgewinn wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungen und öffentlicher Güter. Die IG Metall hat auf dem Gewerkschaftstag eine Sozialstaatsoffensive unter dem Motto »Sozial geht nur gemeinsam – Für einen starken und zukunftsfesten Sozialstaat« beschlossen. Konkret heißt es: »Neben öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen bedarf es dazu auch handlungsorientierter Konzepte. Die IG Metall wird hierfür

ein Mobilisierungs- und Kommunikationskonzept entwickeln.« Angesichts einer starken »Anti-Sozialstaats-Allianz« aus wirtschaftsnaher Wissenschaft, neoliberalen Medienvertretern und einem Teil der Politik, die den Sozialstaat mit seinen Leistungen immer wieder als Problemtreiber brandmarken, ist dies ein bedeutendes gewerkschafts- und gesellschaftspolitisches Projekt. Die IG Metall wird sich auf intensive Auseinandersetzungen vorbereiten müssen, die sicher nur mit Bündnispartner*innen aus anderen gesellschaftlichen Bewegungen erfolgreich geführt werden können.

In einer Großorganisation wie der IG Metall gibt es unterschiedliche Interessen, Prioritäten, konzeptionelle Überlegungen, politische Richtungen, Organisations- und Aktionsvorstellungen, die jede Menge Kontroversen einschließen. Kontrovers wurde auch auf dem Gewerkschaftstag diskutiert (siehe die Ausführungen zu Schwerpunktthemen), letztlich jedoch getragen von dem Willen, in Widersprüchen nicht stecken zu bleiben, sondern der »großen Transformation« Zukunftsperspektiven abzurufen.

Dies schließt an vorderster Front der politischen Auseinandersetzungen den Kampf gegen die extreme Rechte ein. Auch bei den jüngsten Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben mehr Gewerkschaftsmitglieder die AfD gewählt als dies im Durchschnitt der Wahlbevölkerung der Fall war. In Ländern wie Thüringen, Brandenburg und Sachsen stehen Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre unter Druck, wenn sie un-
zweideutig einer dort tonangebenden »völkischen« Rechte Widerstand entgegensetzen – auch in Betrieben. *Team IG Metall* ist kein Kuschelverein, sondern – das hat der Gewerkschaftstag eindeutig zum Ausdruck gebracht – eine demokratische Kampforganisation, die

ihr politisches Mandat nach außen, aber auch nach innen gegen die Feinde einer pluralen, offenen, nicht rassistischen Gesellschaft wahrnimmt.

Team IG Metall verspricht Erneuerung. Die Zeiten zentralistischer Organisationen sind schon lange vorbei. Teamverständnis heißt, das, was in großen Beschäftigtenbefragungen überzeugend bestätigt wurde, auch im Organisationshandeln zur Geltung zu bringen: die Expertise der Mitglieder, ehren- und hauptamtlichen Funktionär*innen, ihr Wissen und ihre Interessen mit mehr politischem Gespür aufzunehmen – als Bedingung für wirkmächtiges Handeln und gemeinsame Lernprozesse.

² Peter Bofinger: Deutschland ist krank, IPG, 31.10.2023

² Peter Bofinger: Deutschland ist krank, IPG, 31.10.2023

ZU EINZELNEN DEBATTEN UND BESCHLÜSSEN DES GEWERKSCHAFTSTAGS

Betriebsrente

Das Thema Betriebsrente ist hochkomplex. Das Betriebsrentenrecht kennt unterschiedliche Durchführungswege und Zusagearten mit unterschiedlichen Folgewirkungen für die Beschäftigten; zudem gleicht die Welt der betrieblichen Regelungen einem Flickenteppich mit sehr selektiv verteilten Anwartschaften. Ein Thema für Fachleute. Umso verwunderlicher mag es für Außenstehende erscheinen, dass der Gewerkschaftstag der IG Metall hierzu eine intensive und äußerst kontroverse Debatte geführt hat. Doch der Sache nach ging es um eine tarif-, sozial- und organisationspolitische Grundfrage. Die Delegierten hatten zu entscheiden, ob die IG Metall den in Baden-Württemberg eingeschlagenen Weg des sogenannten Sozialpartnermodells weitergehen will.

Zum Hintergrund: Seit 2018 (eingeführt mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz 2017) ist es möglich, dass Arbeitgeber bei Betriebsrenten lediglich eine reine Beitragszusage geben, aber für mögliche Ausfallrisiken nicht haften (»pay-and-forget«-Modell).

Eine bestimmte Rentenhöhe wird dem Beschäftigten vom Arbeitgeber nicht mehr garantiert; respektiv »darf nicht garantiert« werden (»Garantieverbot« gemäß § 22 Abs. 1 S. 2 BetrAVG). Voraussetzung für die Einführung der reinen Beitragszusage ist ein Tarifvertrag, womit sich die Vertragspartner an der Durchführung und Steuerung beteiligen (§21 BetrAVG).

Die Philosophie des Sozialpartnermodells bringt die FAZ (11.4.2022) auf den Punkt: »Die reine Beitragszusage entlastet Unternehmen vom Haftungsrisiko und überträgt das Risiko, Schwankungen in den Kapitalerträgen zu erleben, auf Arbeitnehmer. Im Gegenzug muss das Geld durch den Verzicht auf Garantien nicht mehr so sicherheitsorientiert angelegt werden und hat – vor allem auf lange Sicht – die Chance auf höhere Wertsteigerungen.«

Bislang haben sich Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften schwergetan, entsprechende tarifliche Regelungen zu schaffen. Ver.di hat gemeinsam mit der IG BCE einen ersten Tarifvertrag zum Sozialpartnermodell beim Energieunternehmen Uniper SE gestartet. Für den Organisationsbereich

der IG Metall gab es bislang keine entsprechenden Regelungen mit normativer Wirkung. In Baden-Württemberg existiert allerdings ein Vertragswerk, das im Laufe des Jahres 2024 finalisiert werden könnte.

Mit dem jüngsten Gewerkschaftstagbeschluss hat die IG Metall eine Grundsatzentscheidung getroffen: Sie hat sich für den Ausbau arbeitgeberfinanzierter Betriebsrenten ausgesprochen, aber zugleich auf garantierte Mindestleistung und Arbeitgeberhaftung bestanden und dem Sozialpartnermodell eine klare Absage erteilt.

Den Argumenten der Befürworter*innen, dass mit dem Sozialpartnermodell kostengünstig gute Renditen erwirtschaftet werden könnten, das Risiko kalkulierbar sei und so auch für jene eine Betriebsrente durchgesetzt werden könne, die bislang keine hätten, ist der Kongress mit der deutlichen Mehrheit der Delegierten (66,2%) nicht gefolgt.

Trotz Sicherungspuffern sei angesichts volatiler Finanzmärkte nicht auszuschließen, dass bei schwankenden Kapitalerträgen auch Anwartschaften und Renten schwanken. Das ma-

terielle Risiko für die Betroffenen und das politische Haftungsrisiko für die IG Metall war der Mehrheit der Delegierten deutlich zu hoch. Zudem befürchten die Kritiker*innen des Sozialpartnermodells, dass bestehende betriebliche Systeme durch das für Arbeitgeber haftungsfreie System unter Druck geraten könnten.

Die IG Metall wird nun darüber zu beraten haben, mit welchen betriebspolitischen Ansätzen sie vorhandene Betriebsrentensysteme verteidigt oder ausbaut, ob und inwieweit sie tarifliches Verteilungsvolumen in zusätzliche Altersversorgung leitet und welche Durchführungswege und Alternativmodelle geeignet erscheinen. In diesem Zusammenhang werden auch Konzepte zu diskutieren sein, die bestehende Möglichkeiten der Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung durch Arbeitgeber und Beschäftigte nutzen (im Rahmen von Handwerks-tarifen heute schon genutzt) oder neue rechtliche Möglichkeiten der Zusatzvorsorge eröffnen wollen. Mit der Soli-Rente-Plus liegt ein beachtenswerter Vorschlag vor (vgl. Hans-Jürgen Urban, bit.ly/3SFGH0T)

Transformation

De karbonisierung und Transformation der Autoindustrie sind Herausforderungen – auch für die Gewerkschaft. Der Anteil des Autos an den Treibhausgasemissionen ist zu hoch und in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesunken. Die Strategie der Autokonzerne, mit großen und schweren Autos hohe Renditen zu erzielen, hat in die schwere Krise geführt. So ist die Autoproduktion in Deutschland stark gesunken (von 5,7 Millionen Stück in 2017 auf 3,5 Millionen in 2022), ohne dass adäquate Alternativen aufgebaut worden wären. Die Folgen waren jahrelange Kurzarbeit, Personalabbau und Betriebsschließungen bei Volkswagen, Mercedes, Audi, Opel, Ford, Continental, Bosch und vielen kleinen Betrieben, die die Belegschaften verunsichern. Seit 2018 wurden in der Automobil- und Zulieferindustrie 60.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Die IG Metall will deshalb umfassende Investitionen in neue Technologien und Infrastrukturen durchsetzen. Aber nicht ohne »einen langfristigen, verlässlichen und konsistenten Planungsrahmen zur Sicherung von Beschäftigung in der Transformation«, wie die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag beschlossen. »Wer die Beschäftigten nicht mitdenkt und an Investitionen spart, gefährdet nicht nur den Klimaschutz, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt«, mahnt die Gewerkschaft.

Wie die Industrie setzt auch die Metallgewerkschaft auf den Antriebswechsel zu Elektroautos, auf die »Konzertierte Aktion Mobilität«, auf Transformationsnetzwerke, wie sie beim Autogipfel im Kanzleramt vereinbart wurden: finanziert aus dem »Zukunftsfonds Automobil«. Allerdings ohne feste Zusammenarbeit mit der Umwelt- und Verkehrswendebewegung. Der IG Metall geht es vielmehr um den Erhalt der Autoindustrie, nicht um den öffentlichen Nahverkehr oder die Fahrradbranche, die beim Kongress nur beiläufig erwähnt wurden.

Die Planung der Transformation wird so in die Regionen verlagert. Aus Sicht der Beschäftigten entscheidet sich dort, ob der Wandel gelingt oder zu Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten führen wird, heißt es aus der IG Metall. Das wirft auch in der Gewerkschaft grundsätzliche Fragen auf. »Ohne neuen Wohlstandsbegriff, ohne gesamtgesellschaftlichen Plan für die Verkehrswende wird das nicht funktionieren, sondern Stückwerk bleiben«, kritisierte der Delegierte Marc Treude aus Aachen, selbst Betriebsratsvorsitzender bei einem E-Auto-Hersteller. »Die notwendige Transformation muss gegen das Kapital durchgesetzt werden.«

Die weitreichendere Forderung nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurde zwar auch dieses Jahr formuliert, der Antrag aber lediglich »als Material an den Vorstand« weitergeleitet – anders als in einer vergleichbaren Krise vor 40 Jahren. Da wurde auf dem Gewerkschaftstag ein solcher Beschluss gefasst, was jedoch gesellschaftlich nicht durchgesetzt wer-

den konnte. Damals arbeiteten noch 230.000 Menschen in der Branche. Seither hat sich die Industrie stark verändert: 150.000 Beschäftigte weniger, Diversifikation, Fusionen und Konzentration.

Doch auch heute will Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban »ein gutes Leben in Demokratie, in Solidarität und im Einklang mit der Natur«, wie er in seiner Rede betonte. Christiane Benner und ihr Vorstandsteam werden nun beweisen müssen, dass sie diesem Anspruch gerecht werden können.

Stephan Krull

New Work – Good Work

Dass die Herausforderungen der Dekarbonisierung und der Transformation der Stahl- oder Automobil- und Zulieferindustrie das Thema der Beschäftigungssicherung weit oben auf der gewerkschaftlichen Agenda platzieren, ist offensichtlich. Wer aber eine Debatte nach dem Motto »Hauptsache Arbeit« erwartet hatte, muss sich eines anderen belehren lassen. Die beschlossene Programmatik enthält sehr deutliche Botschaften, dass die Qualität der Arbeit der Zukunft gegenüber der Beschäftigungssicherung keine zweitrangige Fragestellung ist.

Dass der Schutz der Gesundheit für die Delegierten kein »Nice-to-have«, sondern ein »Must-Have« des sozial-ökologischen Strukturwandels ist, liegt u.a. in den Erfahrungen der Corona-Krise begründet. Die Pandemie hat in sehr vielen Betrieben die Gesundheit ins Zentrum der Interessenvertretungspolitik gerückt. Das Präventionskonzept der IG Metall, das darauf zielte, die Gefährdungsbeurteilung auch als Instrument zum Schutz vor Infektionen einzusetzen, wurde in vielen Betrieben umgesetzt und diente auch als Blaupause für andere Arbeitsschutzinstitutionen. Neue Daten belegen den Fortschritt im betrieblichen Arbeitsschutz: Die WSI-Betriebsrätebefragung 2021 verzeichnet einen deutlichen Anstieg regelmäßig durchgeführter Gefährdungsbeurteilungen. »Die klassische Gefährdungsbeurteilung scheint damit – zumindest

in den mitbestimmten Betrieben – angekommen zu sein.« (WSI Report 89, 10/2023, S. 12)

Das ist ein sehr erfreulicher Trend! Weniger erfolgreich ist bislang jedoch die Anzahl betrieblicher Gefährdungsbeurteilung von psychischen Belastungen, wenngleich auch hierbei ein deutlicher Anstieg aufzuweisen ist. Wohlgermerkt, es geht um Betriebe mit Betriebs- oder Personalräten. Vor diesem Hintergrund kann es nicht verwundern, dass folgende Beschäftigungsfelder von betrieblichen Interessenvertretungen die wichtigsten im Jahr 2021 waren: Auf Platz 1 rangiert »Corona und die Folgen für den Betriebsablauf« mit 89%. Auf Platz 2 und 3 folgen »Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung« (86,1%) und »mobile Arbeit« mit 80,5%.

Die gestiegene Sensibilität für das Thema gute Arbeit und die hohe Relevanz des betrieblichen Arbeitsschutzes spiegeln sich auch in den Beschlüssen: Arbeitsschutz soll als ureigene gewerkschaftliche Kernaufgabe verstanden werden. Dementsprechend muss das Profil der IG Metall als Gestaltungsmacht für gesunde Arbeitsbedingungen geschärft werden. Die Delegierten forderten, die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten auf die Rechtsetzung im Arbeitsschutz zu stärken und mehr noch als bisher betriebliche Präventionskonzepte zu entwickeln. Diese Anforderung gilt besonders für Handlungsfelder wie New Work, hybride Arbeit und psychische Arbeitsbelastungen.

Gefordert sind Leitplanken für die Digitalisierung, die den Schutz der Gesundheit ins Zentrum stellen. Die gesundheitlichen Risiken neuer Arbeitsmethoden sollen frühzeitig entdeckt und Gestaltungsmaßnahmen entwickelt werden. Der mit der New Work häufig einhergehende Entgrenzungsdruck soll durch den Erhalt arbeitszeitgesetzlicher Normen und verpflichtender Arbeitszeiterfassung eingedämmt werden.

Aber auch Konzepte für eher klassische Arbeitsschutzprobleme wurden eingefordert: Lärmschutz auf modernen Büroflächen, Arbeitsplatzergonomie am häuslichen Bildschirmar-

beitsplatz, die Minderung körperlicher Belastungen bei der Arbeit sowie der Unfall- und Gesundheitsschutz bei Arbeit auf Windkraftwerken und Stromtrassen. Erwähnenswert ist auch der Beschluss, auf eine Erweiterung der Berufskrankheiten-Liste um psychische Erkrankungen zu drängen. Hiermit soll die hohe Zahl der durch die Arbeit psychisch erkrankten Beschäftigten entschädigt und Präventionsaktivitäten aller verantwortlichen Akteure im Feld der psychischen Belastungen gestärkt werden.

Ein wichtiges Anliegen ist den Delegierten auch ein besserer Erfahrungs- und Wissenstransfer in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Avisiert ist die Bearbeitung der Themen nicht nur auf Vorstands-, sondern auch auf bezirklicher und örtlicher Ebene der Organisation. Flüssige und breitere Kommunikation zur Verbesserung des Erfahrungstransfers wurden als wichtige Gelingensbedingung für gesunde Arbeitsbedingungen identifiziert.

Andrea Fergen

Friedenspolitische Positionen geschärft

Auf dem 25. Gewerkschaftstag der IG Metall fand angesichts des Ukraine-Kriegs am 24. Oktober eine bemerkenswerte Debatte statt, in deren Ergebnis die friedenspolitischen Positionen der IG Metall geschärft wurden.

Eingangswort wurde festgehalten, dass zwar unterschiedliche Ansichten in der Debatte zu vermerken seien, aber Krieg als Mittel der Politik von allen entschieden abgelehnt werden muss. Gegenüber dem Leitantrag des Vorstands (»Für eine verantwortliche Politik für Frieden und Sicherheit«) verlangte ein Ergänzungsantrag aus der Geschäftsstelle Hanau-Fulda, den die Geschäftsstelle Braunschweig unterstützte, und der von über 150 Delegierten unterzeichnet wurde, in mehreren Punkten klarere Aussagen. Bemerkenswert war, dass die Antragskommission in dieser Frage einen Konsens mit den Antragstellern suchte und auch fand.

Eine Kernaussage des Beschlusses lautet: »Wir setzen uns mit Nach-

druck für diplomatische Lösungen auf allen möglichen Ebenen und über alle Kanäle ein. [...] Die Eskalations- und Rüstungsspirale darf sich nicht weiterdrehen.« Die 1. Bevollmächtigte der Geschäftsstelle Braunschweig, Garnet Alps, kritisierte genau diese Situation: »Die Strack-Zimmermanns und Hofreiters dieser Welt krähen seit andert-halb Jahren nach nichts anderem als nach mehr Waffen, neuen Waffensystemen, nach Sieg und Niederlage.«

Zur umstrittenen Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine heißt es jetzt neu: »Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien »Sieg« oder »Niederlage« ist der falsche Weg.«

Da zum Organisationsbereich der IG Metall auch zahlreiche Rüstungsunternehmen gehören, und Beobachtern zufolge in den letzten Jahren in diesem Feld wenige Initiativen zu beobachten waren, ist auch diese Aussage bemerkenswert und als Auftrag genau in dieser Situation zu vermerken: »Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein.«

Die IG Metall bekräftigt ferner: »Eine Neuaufstellung und Revitalisierung der Friedensbewegung ist gleichwohl unerlässlich.« Dies soll im Rahmen des DGB und gemeinsam mit weiteren Bündnispartner*innen angestrebt werden. Zum Rüstungshaushalt wird gesagt: »Eine dauerhafte Steigerung des Etats für Rüstung und Verteidigung auf ein willkürlich erscheinendes, an konjunkturelle Entwicklungen gekoppeltes Zwei-Prozent-Ziel oder gar darüber hinaus lehnen wir ab.«

Im Unterschied zum ver.di-Bundeskongress im September zeigte sich die IG Metall in diesen Fragen sehr geschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte mit überwältigender Mehrheit.

Klaus Pickshauss